

Pressemitteilung

13. April 2009



Klima- und Umweltbündnis Stuttgart www.KUS-Stuttgart.de

Mit der freundlichen Bitte um Veröffentlichung

„Dicke Luft im Kessel... ...Frischen Wind ins Rathaus“

mit diesem Slogan will das Klima- und Umweltbündnis Stuttgart (KUS) im Hinblick auf die Kommunalwahl Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger für Themen des Klimaschutzes sensibilisieren. Auf seinem Aktionstag am 18. April wird sich das Bündnis mit vielen seiner 30 Mitgliedsgruppen auf dem Stuttgarter Schlossplatz vielfältig präsentieren.

Eines der Hauptthemen ist dabei die Forderung nach dem 100%igen Rückkauf des Wasser-, Strom- und Gasnetzes und die Wiedererrichtung kommunaler Stadtwerke. Auch SPD und Grüne geben inzwischen zu, dass der Verkauf der früheren Stadtwerke ein Fehler war. Selbst die CDU-Umweltministerin Tanja Gönner hat inzwischen die Vorteile von Stadtwerken erkannt, denn erst damit hat die Stadt wieder Einfluss auf die Art der Energieerzeugung und die Preisgestaltung. Das Finanz-Debakel mit den hohen Verlusten durch die Cross-Border-Leasing-Verträge hat offenbart, wie schnell die Situation bei privaten Investoren kippen kann und unsere Daseinsvorsorge davon betroffen ist.

Wenn langfristig notwendige Ziele zur Vermeidung einer Klimakatastrophe erreicht werden sollen (minus 40 % CO₂ bis 2020, minus 90 % bis 2050), müssen Strom- und Wärmeproduktion aus Erneuerbaren Energien in städtischer Hand liegen. Privatwirtschaftliche Gewinninteressen taugen für solche dezentralen Lösungen nicht.

In seinem neuen Informationsblatt zur Kommunalwahl bezieht KUS klare Positionen:

- Die Strom-, Gas- und Wassernetze müssen vollständig zurückgekauft werden.
- Strom und Wärme müssen in einem kommunalen Unternehmen auf Basis der Erneuerbaren Energien produziert werden.
- CO₂-Emissionen können nur durch eine Umstellung auf erneuerbare Energien und eine drastische Verminderung des Kfz-Verkehrs reduziert werden. So werden auch die Emissionen von Feinstäuben, Stickoxiden und der Lärm vermindert. Deshalb keine neuen Straßen mehr, Tempo 30 für alle Stadtstraßen sowie Ausbau und Fahrpreissenkung beim ÖPNV.
- Stuttgart 21 mit Kosten von möglicherweise bis zu 8 Milliarden Euro ist abzulehnen. Der Ausbau des Kopfbahnhofs mit ca. 2 Milliarden ist die bessere Alternative. Ein Bürgerbegehren mit mehr als 67.000 Stimmen für die Durchführung eines Bürgerentscheids ist eine klare Willensäußerung und muss ernst genommen werden!
- Bei wichtigen kommunalen Entscheidungen müssen die Bürger grundsätzlich beteiligt werden.